Freipass für die Mächtigen : internationale Konferenz für Bevölkerung und Entwicklung in Kairo

Autor(en): **Sax, Anna**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Rosa : die Zeitschrift für Geschlechterforschung**

Band (Jahr): **- (1994)**

Heft 10

PDF erstellt am: **04.06.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-631511

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Freipass für die Mächtigen

Internationale Konferenz für Bevölkerung und Entwicklung in Kairo

Nach zehntägigen, zähen Verhandlungen hat die Völkergemeinschaft in Kairo einen Aktionsplan für die Bevölkerungs- und Entwicklungspolitik der nächsten 20 Jahre verabschiedet. Endlose Diskussionen über Abtreibung und "reproduktive Rechte" haben alle übrigen Themen an den Rand gedrängt. Das Resultat ist ein Freipass für die Mächtigen, weiterzumachen wie bisher.

Täglich singt im ägyptischen Fernsehen eine blondierte Schlagersängerin auf englisch, französisch und spanisch: "Willkommen in Ägypten - viel Glück bei der Rettung unseres Planeten." Kairo gleicht - zumindest auf den Routen vom Flughafen zum Konferenzzentrum und zu den Luxushotels - einer Stadt im Ausnahmezustand. Alle 20 Meter steht ein Polizist, die Eingänge zum Konferenzzentrum und zu den Hotels sind strengstens bewacht. Strassenmarkierungen und Häuserfassaden sind neu gemalt, BettlerInnen aus der Sichtweite der "heiklen" Routen entfernt worden. Islamistische Fundamentalisten seien vorsorglich verhaftet worden, erzählt ein Mitarbeiter der Schweizer Botschaft. Polizeiautos mit heulenden Sirenen begleiten Limousinen mit abgedunkelten Scheiben durch die zuvor abgesperrten Strassen. Den Limousinen entsteigen hauptsächlich graugekleidete Herren, einige in weissen oder bunten Gewändern, auch ein paar wenige Damen, allesamt wichtig dreinblickend. Sie stellen sich im unterkühlten Konferenzsaal ans Rednerpult und sprechen über Frauenförderung, Recht auf Selbstbestimmung, gemeinsame Verantwortung von Norden und Süden.

FundamentalistInnen vereint

Bei der Eröffnungsansprache der pakistanischen Ministerpräsidentin Benazir Bhutto wird man das Gefühl nicht los, sie rede, um ihren Hals zu retten. Die Familie allein könne der richtige Ort sein, um Kinder grosszuziehen, betont sie, und niemand sei besser für diese Aufgabe geeignet als die Mutter. Frau Bhutto hat zuerst ihre Teilnahme abgesagt, nachdem islamische Fundamentalisten gegen die "Konferenz für Abtreibung und Homosexualität" gewettert haben. Vom ersten Tag an ist die Stimmung geprägt von katholischen und islamischen MoralhüterInnen, die sich gegenseitig heftig applaudieren und mit gemeinsamen Kräften jeden Satz des Aktionsplanes, hinter dem sie im Entferntesten unmoralische Absichten wittern, bis zur Unkenntlichkeit zu verwässern suchen. Zu guter Letzt haben sie nicht nur die Abschwächung der meisten Passagen über Frauenrechte erreicht, sonder zusätzlich dem ganzen Aktionsplan einen sogenannten "Chapeau" übergestülpt: Die Empfehlungen werden insgesamt relativiert, indem nationale Gesetzgebungen sowie religiöse, ethische und kulturelle Werte höher eingestuft werden. Niemand wundert sich schliesslich, als sich der Vatikan am Schlusstag von den tags zuvor als "historischen Kompromiss" gefeierten Kapiteln über "reproduktive Rechte" und Abtreibung distanziert. Eine ganze Reihe islamischer Staaten kündigt gleichzeitig an, dass sie nichts anerkennen würden, was im Widerspruch zur Scharia - dem islamischen Recht - stünde. Insbesondere sei weder ein Tolerieren sexueller Aktivität ausserhalb der Ehe noch Aufklärung und Gesundheitsversorgung für Unverheiratete denkbar.

"Wir haben noch ganz andere Probleme!"

Die ganze Konferenz wird von Auseinandersetzungen dieser Art zeitweise blokkiert und durchgehend überschattet. Das Medieninteresse konzentriert sich grösstenteils auf die Auftritte des Vatikans und der militanten AbtreibungsgegnerInnen, die in den Korridoren mit Plastikfötten herumfuchteln, in allen Pressekonfe-

renzen aufkreuzen, Teilnehmerinnen an Veranstaltungen der Nicht-Regierungsorganisationen (NGOs) terrorisieren und teilweise versuchen, mit Tricks und Gewalt in den Verhandlungssaal einzudringen. CNN bescheren die grimmigen "anti-abortion"- Aktionen traumhafte Einschaltquoten. Es hilft wenig, wenn etwa die Sprecherin Tansanias sagt: "Wir Frauen haben ausser Abtreibung noch andere Probleme" oder der indische Delegationssprecher: "Wir repräsentieren zwar 20 Prozent der Weltbevölkerung - aber es würde uns nie einfallen, 20 Prozent der Verhandlungszeit zu beanspruchen". Sicher ist, dass die tagelangen Debatten um die 25 Zeilen des "Abtreibungs-Paragraphen" 8.25 nicht dazu beitragen werden, den öffentlichen Druck auf die Regierenden zu steigern, mehr in die sozialen Sektoren und zugunsten der Frauen zu investieren. Zudem gelingt es den reichen Ländern des Nordens, die zwar niedrige Geburtenraten, aber einen gigantischen Ressourcenverschleiss vorzuweisen haben, sich aus ihrer Verantwortung zu stehlen. Erfolgreich verhindern sie die definitive Aufnahme konkreter Massnahmen, wie z.B. Energiesteuern, in den Aktionsplan. Frühere Entwürfe haben noch einige Zeilen zum Thema Ressourcenverbrauch im Norden beinhaltet. Doch bereits anlässlich der dritten Vorbereitungskonferenz vom vergangenen April in New York kippten die USA im Schatten der Abtreibungsdebatte diese Passagen in einer Blitzaktion hinaus. Nur Indien, Nepal, Österreich und die Schweiz unterstützten den Versuch einiger NGOs, doch noch zwei Sätze über Massnahmen gegen den wachsenden Ressourcenverschleiss im Schlussdokument zu plazieren.

Von der Liste gestrichen

Nicht nur die Konsum- und Ressourcenfrage, auch Wirtschaftsbeziehungen zwischen Norden und Süden, Verschuldung, Strukturanpassungsprogramme und andere Faktoren, welche die Armut in den Ländern des Südens verschärfen und die Lebenssituation insbesondere der Frauen schwer beeinträchtigen, kommen nur am Rande oder gar nicht zur Sprache. Besonders VertreterInnen von NGOs aus dem Süden reagieren enttäuscht darüber, dass jetzt so grosses Gewicht auf "Bevölkerung" liegt und der Aspekt der "Entwicklung" völlig untergegangen ist. Das "Southern NGO Development Forum" (SNGODF), ein Zusammenschluss entwicklungspolitischer Organisationen aus dem Süden, war zunächst eingeladen worden, an der offiziellen Konferenz ein Statement abzugeben, das im voraus schriftlich beim Konferenzsekretariat einzureichen war. In diesem Statement steht, dass zu viel Gewicht auf Bevölkerungskontrolle gelegt und Frauen aus dem Süden zu Schuldigen für die Entwicklungsprobleme der Welt gestempelt würden. Es seien jedoch das Ungleichgewicht zwischen Nord und Süd und der ausbeuterische Ressourcentransfer, die zum Überkonsum und damit zur Zerstörung der Umwelt führten. Solches will das Konferenzsekretariat den "geschätzten Delegierten" anscheinend nicht zumuten. Das SNGODF wird kommentarlos wieder von der offiziellen RednerInnenliste gestrichen.

Im Streit festgebissen?

Im "Women's Caucus", dem täglichen Frauentreffen, protestieren Frauen aus Asien dagegen, dass sich auch die Feministinnen im Thema "reproduktive Rechte" und im Streit mit dem Vatikan festgebissen hätten. Angeführt von der New Yorker Frauenorganisation "Women's Environment and Development Organisation" (WEDO) und ihrer Wortführerin Bella Abzug, "Grand Old Lady" des US-amerikanischen Feminismus, ist der "Women's Caucus"seit Beginn der Vorbereitungen für die Kairo-Konferenz die tonangebende Gruppe unter den NGOs gewesen. Ausgerüstet mit Infrastruktur und professionellem Know-how, bilden diese gut organisierten Frauen eine veritable Gegenkraft zum Vatikan und verteidigen die einmal erreichte Festschreibung der "sexuellen und reproduktiven Rechte" mit Klauen und Zähnen. Ihr Erfolg kann sich sehen lassen und verdient Respekt, aber: "Ohne gerechtere wirtschaftliche Rahmenbedingungen nützen den Frauen 'reproduktive Rechte' nichts", sagt etwa die GATT-Spezialistin Marilen

Danguilan aus den Philippinen. Sie gehört übrigens, wie die Peruanerin Celeste Cambria, die Argentinierin Zulema Palma und eine Vertreterin Boliviens zu den Frauen, die noch im April den offiziellen Delegationen ihrer Länder angehörten, jedoch in der Zwischenzeit ihren Platz zugunsten von Vertretern der katholischen Kirche haben räumen müssen.

Das NGO-Forum

Entlang einer Reihe von Sicherheitsmännern gelangt man in 10 Minuten vom Konferenzgebäude ins Forum der NGOs. Hier, in einem Sportstadion, befindet sich ein bunter Jahrmarkt mit Informations- und Verkaufsständen, Veranstaltungen, Verpflegungsmöglichkeiten, Video- und Theaterdarbietungen. Hier sind, ganz im Gegensatz zu den offiziellen Konferenzhallen, die Frauen in der Überzahl. Statt grauer Anzüge kann man bunte Saris und afrikanische Gewänder bewundern. Das Spektrum der "NGOs", die vertreten sind, reicht von feministischen Gruppen bis zu radikalen AbtreibungsgegnerInnen. Auch die Weltbank hat hier ihren Stand und eine kalifornische Sekte wirbt um Mitglieder. Es kann, auch wenn offiziell immer wieder dieser Eindruck vermittelt wird, in keiner Art und Weise von einheitlichen "NGO-Positionen" die Rede sein. Die im NGO-Forum debattierten Themen und Ideen reichen aber weit über das hinaus, was in der offiziellen Konferenz Platz findet. Hier nur eine kleine Auswahl aus mehreren hundert Veranstaltungen: Ein Vortrag findet statt über Bevölkerungspolitik im Zusammenhang mit Militarismus und Krieg. Auseinandersetzungen werden ausgetragen über die Relevanz des Konzepts der "reproduktiven Rechte" in einer Welt, in der viele Frauen um ihre blosse Existenz fürchten müssen. Mehrere Tribunale befassen sich mit Verletzungen von Menschenrechten in Bevölkerungsprogrammen. Weil nicht alle NGO-VertreterInnen sich Zugang zur offiziellen Konferenz haben verschaffen können, bemüht sich ein Vertreter der indischen Regierungsdelegation jeden Mittag hierher, um gegenüber den indischen NGOs Rechenschaft über den Stand der Verhandlungen und die Rolle der Regierung abzulegen.
Nicht, dass das NGO-Forum zu diesem späten Zeitpunkt noch Einfluss auf den Verlauf der Konferenz nehmen könnte - wo Lobbyarbeit erfolgreich war, hat sie vorher stattgefunden. Die publizistische Wirkung, welche von der Präsenz von über 1000 NGOs aus der ganzen Welt ausgeht, ist jedoch nicht zu unterschätzen. Nur NGOs ist es schliesslich zu verdanken, dass "Entwicklung" nicht endgültig aus der Traktandenliste verschwunden ist. Diejenigen, die über den Verlauf der Verhandlungen und den wässrigen Aktionsplan frustriert sind, haben immerhin die Gelegenheit genutzt, neue Kontakte zu knüpfen und alte aufzufrischen. "Ich kann nicht sagen, ob diese Konferenz uns materiell etwas bringt", sagt die Vertreterin einer indischen Umweltorganisation. "Aber die Begegnungen im NGO-Forum geben mir Energie und Mut, zuhause weiterzumachen".

Und die Resultate?

Es gibt viele, allzu viele, die sich am Ende der Konferenz ein wenig als SiegerInnen fühlen dürfen: Die diversen religiösen FundamentalistInnen, weil sie dem Aktionsplan nicht nur jede progressive Spitze genommen, sondern sich zum Schluss vom Übriggebliebenen auch noch distanziert haben. Die Feministinnen, weil "der Begriff 'reproduktive Rechte' jetzt wenigstens einmal schwarz auf weiss hier steht", wie sich Thaïs Corral vom brasilianischen Frauennetzwerk REDEH ausdrückt. Immerhin wurden Begriffe wie dieser einst von der Frauenbewegung in die Diskussionen geworfen. Ein anderer Begriff, "Fertility Regulation", der nicht nur Empfängnisverhütung, sondern beispielsweise auch die Festlegung des Zeitpunktes einer Schwangerschaft oder die Behandlung von Unfruchtbarkeit beinhaltet, wurde im Lauf der Kompromissverhandlungen in "Regulation of Fertility" umbenannt. Einzige mögliche Erklärung für seltsame Manöver wie dieses ist, dass "Regulation of Fertility" noch unbefleckt ist von feministischen Inhalten. Thaïs Corral will sich jetzt gemeinsam mit anderen dafür einsetzen, dass der Aktions-

plan im Sinne der Frauenorganisationen umgesetzt wird. Sie ist beteiligt an den Plänen für ein "Kairo-watch"-Netzwerk, welches darauf achten will, dass die Rechte der Frauen auf eine selbstbestimmte Geburtenkontrolle, auf Gesundheitsversorgung und eine sichere Existenz respektiert werden. So finden sich auf der positiven Seite der Bilanz hauptsächlich sprachliche Fortschritte, die, wenn alles gut geht, ein Umdenken signalisieren. Einige Beispiele: Es wird jetzt von der Völkergemeinschaft offiziell anerkannt, dass es überall auf der Welt Strukturen gibt, welche die Diskriminierung der Frauen begründen, und dass diese Strukturen verändert werden müssen. Es wird offiziell zur Kenntnis genommen, dass Gewalt gegen Frauen und Kinder, ganz besonders auch im häuslichen Bereich, allgegenwärtig ist und dass es sich dabei um ein ernstzunehmendes gesellschaftliches Problem handelt. Und es wird die Notwendigkeit gesehen, Frauen nicht nur im gesellschaftlichen, familiären und politischen, sondern besonders auch im wirtschaftlichen Bereich mehr Macht einzuräumen.

Ein kalter Wind

Auf der anderen, auf der ernüchternden Seite, stehen die bis zur Unkenntlichkeit verwässerten Forderungen zur Umsetzung dieser Einsichten in die Tat. Und an dieser Stelle ist es einfach nicht länger möglich, darumherum zu reden: Alles in allem und nüchtern betrachtet, muss festgestellt werden, dass der Aktionsplan, der in Kairo mit viel Lärm und Medienbegleitung verabschiedet worden ist, zu allererst ein Freipass für die Mächtigen ist, weiterzumachen wie bisher. Sie haben sich mit Präambeln, mit "Soll"- und "Kann"-Formulierungen und mit Vorbehalten rundum abgesichert, so dass sie den Aktionsplan "einhalten können, ohne das Geringste verändern zu müssen. Einige Regierungen des Nordens haben mehr Mittel für bevölkerungspolitische Programme versprochen. Die Programme werden auch in Zukunft nicht ohne direkten oder indirekten Zwang auskommen, sie werden weiterhin auf Kosten der Gesundheit vor allem armer Frauen im Süden gehen. "Frauenförderungsprogramme im Norden wie im Süden werden nicht weiter gehen, als bis der erste Mann fürchtet, seine Privilegien könnten davonschwimmen. "Religiöse" und "traditionelle" Werte dürfen nicht angetastet werden. Ebensowenig braucht die wirtschaftliche Vormachtstellung und die der Männer angetastet zu werden.

Viele Frauen verlassen Kairo mit triefender Nase, geschwollenen Halsdrüsen oder einem schmerzhaften Ziehen in Kopf und Nacken. Während draussen Temperaturen zwischen 30 und 35 Grad herrschten, wurden die Säle des Kairoer Konferenzzentrums auf Kühlschranktemperatur hinunterklimatisiert. Ein kalter Luftzug wehte ständig durch alle Räume. Eine Parlamentarierin und Mitglied der Schweizer Delegation bringt es auf den Punkt: "Überall auf der Welt sind Parlaments- und Konferenzgebäude für Männer in Anzügen und Kravatten eingerichtet." Kalter Wind bläst den Frauen weiterhin ins Gesicht, wenn sie ein besseres Leben für sich und ihre Mitwelt fordern. Oder: Das Patriarchat hat in Kairo nochmals den Sieg davongetragen.

Anna Sax

Anna Sax ist Ökonomin und Mitarbeiterin der entwicklungspolitischen Organisation Erklärung von Bern. Sie reiste im September als Vertreterin der NGos mit der offiziellen Schweizer Delegation nach Kairo.